

Auszug aus der Niederschrift

über die 9. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Betzdorf am Dienstag, dem 05. Oktober 2010, um 17:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses in Betzdorf

Anwesend:

Brato, Bernd	Bürgermeister	
Zöllner, Ernst-Helmut	Erster Beigeordneter	(bis 18:20 Uhr)
Pagnia, Michael Karl-Heinz	Beigeordneter	
Wickler, Barbara	Beigeordnete	
Hollmann, Werner	Ratsmitglied und CDU-FS	
Heukäufer, Alexandra	Ratsmitglied	
Werthebach, Michael	Ratsmitglied	
Neuhaus, Werner	Ratsmitglied	
Speicher, Johannes	Ratsmitglied	
Muhl, Gerhard	Ratsmitglied	
Werder, Hans-Werner	Ratsmitglied	
Dr. Krell, Matthias	Ratsmitglied und SPD-FS	
Ganser, Marita	Ratsmitglied	
Gutacker, Horst	Ratsmitglied	
Grifone, Carlo	Ratsmitglied	
Hamann, Gisela	Ratsmitglied	
Mohr, Karl-Heinz	Ratsmitglied	
Dohme, Thomas	Ratsmitglied	
Geldsetzer, Benjamin	Ratsmitglied	
Dr. Koops, Detlef	Ratsmitglied	
Bodora, Fabian	Ratsmitglied	
Mies, Wolfgang	Ratsmitglied und FWG-FS	
Heukäufer, Walter	Ratsmitglied	
Piske, Udo	Ratsmitglied und FDP-FS	
Baldus, Florian	Ratsmitglied	
Pfeiffer, Marion	Ratsmitglied und GRÜNEN-FS	(bis 18:40 Uhr)
Vetter, Horst	Ratsmitglied	
Haßler, Martin	Ratsmitglied	(bis 19:00 Uhr)
Groß, Georg	Ortsvorsteher Dauersberg - Beratendes Mitglied	

Es fehlten entschuldigt:

Dr. Wingendorf, Markus	Ratsmitglied
Becher, Manfred	Ratsmitglied
Dr. Döring, Werner	Ratsmitglied

Von der Verwaltung:

Langenbach, Günter	Fachbereich Zentrale Dienste
Dietrich, Peter	Fachbereich Bauen
Klein, Konrad	Fachbereich Bürgerdienste
Eckel, Werner	Fachbereich Bauen
Brast, Armin	Fachbereich Bauen
Göldner, Silke	Fachbereich Zentrale Dienste
Utsch, Kristina	für das Protokoll

Tagesordnung:

A: Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Umgang mit „Google Street View“
-Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.06.2010-
3. Bebauungsplan „Gewerbepark Betzdorf“ (Erweiterung)
-Antrag der SPD-Fraktion vom 30.08.2010-
4. Erweiterung der Wohnbebauung in Dauersberg durch eine Ergänzungssatzung nach dem Baugesetzbuch (BauGB)
-Sitzungsvorlage-
5. Anfragen
 - a) Nutzungskonzept Stadthalle
-Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.09.2010-
 - b) Verkehrssituation in der Friedrich-Ebert-Straße
-Anfrage der FWG-Fraktion vom 17.09.2010-
6. Verschiedenes
7. Einwohnerfragestunde

B: Nichtöffentlicher Teil

8. Umbau/Modernisierung Stadthalle
9. Anfragen

Bürgermeister Brato eröffnet um 17:00 Uhr die 9. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Betzdorf und stellt fest, dass mit Schreiben vom 27.09.2010 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Bürgermeister Brato vor, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 10 „Auftragsvergaben“ zu erweitern.
Der Stadtrat stimmt dem zu.

Einstimmiger Beschluss.

A: Öffentlicher Teil

TOP 1 Mitteilungen

Bürgermeister Brato teilt mit, dass im Hinblick auf die vor der letzten Stadtratssitzung am 23.09.2010 eingegangene Petition der Bürgerinitiative Stadtpark eine Zwischennachricht an die Antragsteller ergangen ist. Die Angelegenheit werde im Zuge des erneuten Offenlegungsverfahrens „Bebauungsplan Stadtmitte“ weiter beraten, bevor die Antragsteller abschließend benachrichtigt werden.

TOP 2 Umgang mit "Google Street View" **-Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.06.2010-**

Bürgermeister Brato weist darauf hin, dass vor Beginn der Sitzung seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein geänderter Antrag gestellt wurde. Dieser ist dieser Niederschrift beigelegt. Bürgermeister Brato erteilt Ratsmitglied Haßler das Wort, der den Antrag und die dazugehörige Begründung kurz vorstellt. Die Fraktion spricht sich darin gegen die ungefragte Veröffentlichung von Bildern im Internet aus. Vielen Betzdorfer Bürgerinnen und Bürgern sei nicht klar, dass die Firma Google ihr Haus oder ihr Grundstück bereits fotografiert hat und diese Bilder im Internet veröffentlicht werden sollen. Daher müssten die Bürgerinnen und Bürger informiert werden, da „Google Street View“ auch Gefahren berge, wie z. B. die des Missbrauchs der Daten u. a. für Immobilienspekulationen oder Einbruchsvorbereitungen. In ihrem Antrag fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen daher das Vorhaben der Firma Google zu missbilligen und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die Bürger zu informieren und zu schützen.

Bürgermeister Brato berichtet, dass sich die Verwaltung bereits mit der Thematik beschäftigt habe und übergibt das Wort an Frau Utsch, welche den Internetdienst „Google Street View“ und die damit verbundenen Folgen, Möglichkeiten, dagegen vorzugehen und die Verfahrensweisen anderer Verwaltungen mit dieser Problematik kurz vorstellt, bevor sie mögliche Maßnahmen aufzeigt, die die Stadt Betzdorf im Hinblick auf „Google Street View“ und den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen anbieten kann:

Die Bürgerinnen und Bürger könnten zunächst allgemein über „Google Street View“ informiert werden und Ihnen die Möglichkeit eines Widerspruchs gegen die Veröffentlichung von Bildern bei „Google Street View“ aufgezeigt werden. Für diese Bürgerinformation würde sich das Mitteilungsblatt und die Internetseite der Stadt Betzdorf anbieten. Dort könnte auch die Verfahrensweise zur Einlegung eines Widerspruches dargestellt und erläutert sowie ein Musterwiderspruch zur Verfügung gestellt werden. Ebenso seien weiterführende Links von der Homepage der Stadt Betzdorf z. B. auf die Internetseite von „Google Street View“ denkbar.

Ratsmitglied Haßler stellt fest, dass die Vorschläge weitestgehend mit den Forderungen des Antrages seiner Fraktion übereinstimmen.

SPD-Fraktionssprecher Dr. Krell befürwortet den Antrag und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu allen fünf Punkten des Antrages.

FWG-FS Mies gibt im Namen seiner Fraktion bekannt, dass auch sie den geänderten Antrag, wie er gestellt wurde, mittrage.

CDU-FS Hollmann und FDP-FS Piske sprechen sich hingegen gegen den ersten Punkt hinsichtlich einer generellen Missbilligung des Vorhabens der Firma Google aus.

Nach kurzer Diskussion schlägt Ratsmitglied Haßler vor, den ersten Punkt des Antrages herauszunehmen und Bürgermeister Brato lässt über die Punkte zwei bis fünf des Antrages abstimmen.

Der Stadtrat der Stadt Betzdorf beschließt:

1. Die Stadt Betzdorf informiert ihre Bürgerinnen und Bürger, dass sie gegen die Veröffentlichung der Firma Google Germany GmbH in Hamburg Widerspruch einlegen müssen, wenn sie der Veröffentlichung nicht zustimmen wollen. Zur Information nutzt die Stadt das Mitteilungsblatt und ihre Homepage.
2. Die Stadt stellt für individuelle Einsprüche gegen die Veröffentlichung einen Mustervordruck auf ihre Homepage und veröffentlicht einen Musterbrief im Mitteilungsblatt.
3. Die Stadt verfährt bei zukünftigen, weiteren Veröffentlichungen durch andere Firmen auf gleiche Weise.
4. Die Stadt informiert ihre Bürgerinnen und Bürger regelmäßig (im Abstand von zwei Jahren), dass sie gegen die Veröffentlichung von Bildern und Videos ihrer Grundstücke und Häuser im Internet Widerspruch einlegen können.

Einstimmiger Beschluss.

TOP 3 Bebauungsplan „Gewerbepark Betzdorf“ (Erweiterung) -Antrag der SPD-Fraktion vom 30.08.2010-

Bürgermeister Brato verweist auf § 22 GemO und Ratsmitglied Muhl und Ortsvorsteher Groß verlassen den Sitzungsbereich und nehmen im Zuschauerraum Platz.

Bürgermeister Brato erteilt SPD-FS Dr. Krell das Wort, der den Antrag seiner Fraktion erläutert und das zentrale Anliegen verdeutlicht, die Planungen zur Erweiterung des Gewerbegebietes nicht weiter zu verfolgen und stattdessen anderen Gebiete, wie den Bahnbrachen, den Vorzug zu geben. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass die weiteren Planungen zur Erweiterung dieses Gewerbegebietes nicht weiter verfolgt werden sollten, weil auf absehbare Zeit kein Bedarf für ein solches Areal vorhanden sei. Hinzu kämen bei der Erweiterung weit reichende Eingriffe in die Natur vor allem durch Landschaftsverbrauch, der angesichts der nicht zu erwartenden Nachfrage dieses Gebietes, nicht zu rechtfertigen wäre. Auch wenn die Realisierung den Haushalt der Stadt Betzdorf vermutlich nur in relativ geringem Umfang belasten würde, bliebe festzuhalten, dass dabei Steuergelder investiert würden, ohne Perspektive darauf, sinnvoll verwendet zu werden. Die Stadt Betzdorf besäße Flächen, wie die Bahnbrachen, die ein deutlich höheres Entwicklungspotential bieten würden. Darüber hinaus habe die Stadt durch ihre Mitgliedschaft in der „Entwicklungsgesellschaft Betzdorf“ die Möglichkeit, sich bei interkommunalen Projekten zu beteiligen. In diesen genannten Bereichen müsste nach Auffassung der SPD-Fraktion die Priorität gelegt werden.

Bürgermeister Brato bittet Herrn Eckel den Sachstand zum Bebauungsplan „Gewerbepark Betzdorf (Erweiterung)“ wiederzugeben. Herr Eckel zeigt das betreffende Gebiet anhand einer Wandprojektion und führt aus, dass der Stadtrat am 29.09.2009 den Bebauungsplan Gewerbepark Betzdorf (Erweiterung) als Satzung beschlossen hat. Durch die Bekanntmachung ist die Satzung in Kraft getreten und das Verfahren abgeschlossen. Eine Aufhebung des Bebauungsplanes sei nach dem BauGB nur in einem förmlichen Verfahren möglich.

Sollte das Gewerbegebiet erweitert werden, kämen zu den bisherigen Kosten von ca. 140.000 € nach den Kalkulationen des Planungsbüros Stand-Land-plus ca. 1.065.000 € Erschließungskosten hinzu. Aufgrund der Kosten und auch wegen der topographischen Verhältnisse seien das keine idealen Bedingungen für ein Gewerbegebiet.

Herr Eckel verdeutlicht, dass für die Stadt Betzdorf keinerlei Handlungsdruck bestehe. Die Stadt habe durch den rechtsverbindlichen Bebauungsplan das Recht, ihr Gewerbegebiet zu erweitern, sie müsse dies aber nicht.

Zur aktuellen Situation führt Herr Eckel aus, dass sich nach dem Satzungsbeschluss aufgrund des vom Landesbetrieb vom Landesbetrieb Mobilität (LBM) durchgeführten Sicherheitsaudit für die Ortsumgehung Steineroth eine neue Situation ergeben habe. Die seinerzeit in ständiger fachlicher Abstimmung zwischen dem Planungsbüro Stadt-Land-plus und dem LBM Diez geplante neue Anbindung des Gewerbeparks sowie die Anbindung von Dauersberg an die Neubautrasse entspricht nicht mehr den aktuellen Sicherheitsanforderungen. Daher wurden vom LBM zwei neue Anbindungsvarianten vorgeschlagen. Auch wenn die Erweiterung des Gewerbeparks aufgehoben würde, müsste der LBM den bestehenden Anschluss des Gewerbeparks und einen neuen Anschluss der K 107 nach Dauersberg an die neue Umgehungsstraße berücksichtigen, d. h. er müsste zwei separate Anbindungen planen.

Dem Land kam die Planung der Stadt zur Erweiterung des Gewerbeparks daher insoweit entgegen, als dass die Anbindung des Gewerbegebietes und die Anbindung von Dauersberg an einer Stelle zusammengefasst wurde.

Zum Stand der Planung für die Ortsumgehung Steineroth gibt Herr Eckel bekannt, dass der raumordnerische Entscheid vom 19.11.2004 um fünf Jahre bis zum 18.11.2014 verlängert wird. Das Planfeststellungsverfahren sei bis heute noch nicht eingeleitet worden.

CDU-FS Hollmann trägt vor, dass die CDU sich dafür ausspricht, den rechtskräftigen Bebauungsplan aufgrund der bereits erfolgten Ausgaben beizubehalten.

FD-FS Piske äußert, dass es nicht vorhersehbar sei, ob die Flächen überflüssig seien oder nicht. Auch vor dem Hintergrund der bereits angefallenen Kosten und der Kosten, die im Falle einer

Rückabwicklung anfallen würden, gibt er bekannt, dass die FDP-Fraktion dem Antrag der SPD nicht zustimmen werde.

Auch FWG-FS Mies hält eine Rückabwicklung für unangebracht, dennoch werde die FWG dem Antrag zustimmen.

GRÜNEN-FS Pfeiffer hält den Antrag für zeitgemäß und teilt mit, dass auch ihre Fraktion dem Antrag zustimmen wird.

Nachdem alle Argumente ausreichend berücksichtigt wurden, lässt Bürgermeister Brato über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

16 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen.

TOP 4 Erweiterung der Wohnbebauung in Dauersberg durch eine Ergänzungssatzung nach dem Baugesetzbuch (BauGB)

Auch bei diesem Tagesordnungspunkt sind Ratsmitglied Muhl und Ortsvorsteher Groß nach § 22 GemO von Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Den Ratsmitgliedern liegt eine ausführliche Sitzungsvorlage vor, deren Inhalt Herr Eckel mit Hilfe einer Wandprojektion kurz schildert. Hintergrund sei, dass immer wieder wegen Baugenehmigungen für Grundstücke am Ortsrand von Dauersberg angefragt werde. Im Jahr 2005 sei vom Verbandsgemeinderat Betzdorf ein neuer Flächennutzungsplan beschlossen worden. Im Ortsbeirat Dauersberg wurde jedoch seinerzeit die Auffassung vertreten, dass Dauersberg kein neues Baugebiet benötige, so dass kein neues Baugebiet ausgewiesen wurde. Es bestehe aber die Möglichkeit, durch eine so genannte Ergänzungssatzung einzelne Außenbereichsflächen in den Bebauungszusammenhang einzubeziehen. Vom Ortsbeirat wurde dahingehend eine Wohnbaufläche oberhalb der Straße „Zum Höfgesgarten“ vorgeschlagen, die über die „Ginsterfeldstraße“ erschlossen werden kann.

Der Stadtrat beschließt gemäß dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage, für den Bereich oberhalb der Straße „Zum Höfgesgarten“ und für den Bereich nordöstlich der Dellstraße ein Verfahren für eine Ergänzungssatzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB einzuleiten.

Einstimmiger Beschluss.

TOP 5 Anfragen

a) Nutzungskonzept Stadthalle -Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.09.2010-

Bürgermeister Brato teilt zunächst mit, dass bezüglich des Nutzungskonzeptes Stadthalle in den nächsten zwei Wochen eine ausführliche Vorstellung für die Beigeordneten und Fraktionssprecher stattfinden soll, wobei offene Fragen geklärt werden sollen.

Bürgermeister Brato beantwortet die den Ratsmitgliedern vorliegende Anfrage der CDU-Fraktion, wobei die Fragen 1, 2 und 15 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantwortet werden.

Auf Frage 3 -Welche Aufgaben in der Stadthalle werden künftig von der Verwaltung übernommen?- teilt Bürgermeister Brato mit, dass es sich dabei um Kontroll- und Eigentümerfunktionen handelt.

Hinsichtlich der 4. Frage äußert Bürgermeister Brato, dass auch die Theater- und Konzertveranstaltungen in der Halle von der Fa. OK-Veranstaltungen organisiert werden. Bezüglich Frage 5 gibt Bürgermeister Brato bekannt, dass das neue Konzept eine Bewirtung nicht vorsieht. Auf Frage 6 hin, schildert Bürgermeister Brato, dass zunächst angedacht sei, keine Eigenbewirtung zu ermöglichen, dieser Punkt allerdings vom Stadtrat zu diskutieren und zu entscheiden ist. In Bezug auf die 7. Frage berichtet Bürgermeister Brato, dass eine der Nachfrage

entsprechende Getränke- und Speisenversorgung bei Veranstaltungen gewährleistet sei. Der Anregung der CDU-Fraktion, mit geringen Mitteln das Restaurant so zu gestalten, dass ein Wirt dafür gefunden wird, gibt Bürgermeister Brato seine Zustimmung.

Die Fragen 10-12 betreffen laut Bürgermeister Brato die Vereinsförderung, wozu seitens der Verwaltung ein Konzept vorgestellt werde, worüber der Stadtrat zu entscheiden habe.

Auch im Hinblick auf die 13. Frage, wie die Clubräume zukünftig genutzt werden sollen, verweist Bürgermeister Brato auf das Konzept und die noch ausstehende Entscheidung des Stadtrates. Den Kugelclubs sei gekündigt worden, da die Umbaumaßnahmen noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden und solange die notwendigen Umbaumaßnahmen nicht abgeschlossen sind, aus Sicherheitsgründen kein Verein die Stadthalle nutzen kann.

b) Verkehrssituation in der Friedrich-Ebert-Straße -Anfrage der FWG-Fraktion vom 17.09.2010-

FWG-FS Mies stellt die den Ratsmitgliedern vorliegende Anfrage kurz vor, indem er erklärt, dass die FWG-Fraktion bereits im November 2010 im Stadtrat auf die prekäre Verkehrssituation in der Friedrich-Ebert-Straße hingewiesen habe. Die Fraktion habe die Verwaltung gebeten, ein Konzept zu entwickeln, bei dem ein gefahrloses Benutzen der Bürgersteige und ein sicherer Begegnungsverkehr in dieser Straße möglich sei. Die Fraktion fragt daher an, ob durch die probeweise Veränderung der Halte- und Parkverbote Abhilfe bei den Gefährdungen geschaffen wurde und wann die Probephase beendet wird und eventuell durch eine endgültige Neuregelung ersetzt wird.

Bürgermeister Brato bittet Herrn Klein zur Beantwortung der Anfrage zu Wort. Dieser erklärt, dass es hinsichtlich der Friedrich-Ebert-Straße Beschwerden über zu hohen Schwerlastverkehr, zu hohe Geschwindigkeiten und z. T. katastrophales Parkverhalten gebe. Zuletzt wurde in einer Anwohnerversammlung am 26.02.2010 mit den Anwohnern und Grundstückseigentümern über diese Angelegenheit gesprochen. Dabei wurde seitens der Verwaltung ein alternierendes Parken über eine noch durchzuführende Straßenmarkierung vorgeschlagen. Dies sei jedoch nicht akzeptiert worden, stattdessen wurde ein Park-/Halteverbot im Bereich der Gaststätte „Bruche Stuben“ gefordert, eine erneute Verkehrszählung des Schwerlastverkehrs gewünscht und eine Geschwindigkeitsmessung mit dem Verbandsgemeinde eigenen Messgerät angeregt.

Die Verwaltung habe die Errichtung des Halteverbotes zugesagt und habe diese am 17.03.2010 angeordnet. Parallel dazu erfolgte eine Geschwindigkeitsüberprüfung, die allerdings keine nennenswerten Überschreitungen der Höchstgeschwindigkeit ergab. Eine durchgeführte Zählung von Fahrzeugen über 1,5 t ergab folgende Tagesbelastung: 32 Kraftomnibusse, 16 Klein-LKW, 9 LKW ohne Anhänger bis 7,5 t und 3 LKW mit Anhänger über 7,5 t. Beide Auswertungen deckten sich im Wesentlichen mit früheren Geschwindigkeitsmessungen und Verkehrszählungen.

Die Überprüfung des Parkverhaltens nach Anordnung des Haltverbotes habe ergeben, dass das Halteverbot weitgehend beachtet würde, dass die parkenden Fahrzeuge sich in Richtung Kirche verschoben hätten und dass weiterhin in einer Reihe geparkt werde, so dass Einscheren bei Gegenverkehr kaum möglich sei. Allerdings sei die Übersichtlichkeit auf dieser Strecke besser. Bei Begegnungsverkehr, insbesondere bei größeren Fahrzeugen, erfolge aber weiterhin ein Befahren des Gehsteiges. Herr Klein teilt mit, dass seit der Änderung der Verkehrsführung von der Polizeiinspektion lediglich ein Vorfahrtsunfall aufgenommen wurde.

Die Verwaltung empfehle weiterhin die von ihr vorgestellte alternierende Parkregelung und die Gesamtproblematik nochmals in einer Anwohnerversammlung vorzustellen. Der Termin werde in Kürze festgelegt.

TOP 6 Verschiedenes

Bürgermeister Brato gibt bekannt, dass der nächste Jour Fixe aufgrund des Feiertages am 01.11.2010 am 15.11.2010 stattfinden wird.

GRÜNEN-FS Pfeiffer fragt an, ob das in der letzten Stadtratssitzung am 23.09.2010 erwähnte Protokoll des Gespräches in Bezug auf die Verkehrssicherheit auf dem Busbahnhof Struthof mittlerweile vorliegt. Bürgermeister Brato gibt daraufhin bekannt, dass diese Thematik bereits Gegenstand der gestrigen Sitzung des Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss gewesen sei. Das Protokoll über die Besprechung am 15.09.2010 sei gestern eingegangen. Herr Klein führt dazu aus, dass der Landkreis Altenkirchen versucht habe, ein Begleitsystem einzurichten, die Schulen dies aber abgelehnt hätten. Die Polizei sehe in dieser Angelegenheit keine Veranlassung etwas zu unternehmen, werde aber mögliche Maßnahmen unterstützen. Bei der vorgebrachten Anregung, die Vorfahrtsregelung für zwei Stunden täglich zu ändern, bestünden allerdings Bedenken wegen einer Mehrung von Unfällen. Auf Anfrage von Frau Pfeiffer teilt Herr Klein mit, dass Eltern- und Schülervereine bei dem Gespräch nicht eingeladen waren. Teilgenommen haben die Unfallkasse, die Polizei, Vertreter des Kreises, der Verbandsgemeinde und der Schulen, das Planungsbüro von Weschpfennig und Busunternehmen. Frau Pfeiffer regt an, die Angelegenheit als Tagesordnungspunkt bei der nächsten Bauausschusssitzung zu berücksichtigen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

-entfällt-

Da keine weiteren Wortmeldungen folgen, schließt Bürgermeister Brato die Sitzung um 19:15 Uhr.

Betzdorf, 06. Oktober 2010

gez.

Bernd Brato
Bürgermeister

gez.

Kristina Utsch
Protokollführerin